



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Politik.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

P o l i t i k .

Parlamentarische Größen. Von R. Walter. 6ter Bd.: die Conservativen (Gerlach. Stahl. Walter. Radowiz. Dahlmann. Camphausen. Simson. Hansemann. Vincke.) 1850. Berlin, Hofmann.

Die gegenwärtige Lage unserer Politik zwingt uns zu einigen ernstern und unerfreulichen Betrachtungen, die wir dadurch zu mildern suchen, daß wir ihnen eine heitere Einleitung vorausschicken. Dazu giebt uns die Besprechung des genannten Buchs Veranlassung.

Die Nationalzeitung bezeichnet es als das Werk eines der geistreichsten Männer ihrer Partei, desselben, der die Portraits der Berliner Nationalversammlung in den Grenzboten gezeichnet. Für einen, der diese Portraits gesehen, muß es eine nicht geringe Ueberraschung sein, daß der Verfasser derselben zur Partei der Nationalzeitung gehört. Die Schilderungen, die er von Waldeck, Jung, Berg, Geld, Dierschke, Weichsel u. s. w. gab, waren nicht geeignet, das Vermuthen zu lassen. Aber die Nationalzeitung ist in dem eifrigen Bemühen, die zerstreuten Fährlein der sogenannten Demokratie zu sammeln, nicht sehr wählerisch; sie fordert nichts als das Schiboleth ihrer Partei, das Nichtwählen, im Uebrigen nimmt sie Jeden auf, der nur „recht weit geht,“ wenn er auch so weit geht, die gesammte Partei der Nationalzeitung und des passiven Widerstandes — die „Staats-Demokratie“ — für einfältig zu erklären.

Wenn wir uns erlauben dürfen, uns über den politischen Standpunkt des Verfassers ein Urtheil zu bilden, so wäre es folgendes. Im Jahr 1848, als er jene Schilderungen in den Grenzboten schrieb, war er, wie die meisten Berliner, die nicht Minister waren, nicht in der Nationalversammlung saßen, und nicht Emeuten machten, — und auch unter diesen noch viele — mehr Tourist (Bummler) als Politiker. „Der Bummler steht auf einer höhern Warte, als auf den Zinnen der Partei.“ Ich muß übrigens dabei hinzufügen, ganz wie er selber, als er die Gothaer „Wetterfahnen“ nennt: diese Bezeichnung soll nicht die geringste sittliche Entrüstung enthalten. — Das Interesse des Touristen an den Narheiten der Volksvertreter war ein ästhetisches, objectives; ohne alle Beimischung eines politischen Interesse. Im Gegentheil diente das gravitatische Kopfschütteln, das hin und wieder die muntere Erzählung unterbrach, nur dazu, den Reiz des Humors zu erhöhen. — Wir hatten freilich ein anderes Interesse dabei; wir wollten diese Versammlung, deren wüstes Treiben den Staat an den Rand des Unterganges brachte, wenigstens ärgern, da wir ihr nicht mit stärkern Waffen entgegentreten konnten.

Seitdem hat Herr Walter allerdings einen politischen Standpunkt gefunden. Es ist der Standpunkt der Abendpost, des Freihandels und der Staatlosigkeit,

— ein Standpunkt, der für den Kritiker sehr bequem ist, weil man von ihm aus ziemlich alle diejenigen, die sich in den letzten Jahren mit Politik beschäftigt haben, als Narren und Einfaltspinsel darstellen kann.

Auf eine Frage werden uns die Anhänger der Abendpost die Antwort wohl immer schuldig bleiben. Gesezt, ihr Ziel, die Absorption alles Staatslebens in kündbare Privatverträge, wäre das höchste Ziel aller Politik — auf welchem Wege gedenken sie dieses Ziel zu verfolgen? — Einer ihrer Propheten, Max Stirner, behauptete vor den Märztagen, eine Revolution werde nicht mehr erfolgen, denn eine solche vertiefe die Menschheit nur immer noch mehr in jene Staatsinteressen, denen man sich eben entwinden müsse; dagegen werde eine allgemeine „Empörung“ stattfinden. Das ist aber ein leeres Spiel des Witzes, denn allgemeine Empörung und Revolution ist identisch. — Da der Staat einmal ein thatsächliches Verhältniß ist, so kann man, um ihn loszuwerden, nur zwei Wege einschlagen: entweder den der gesetzlichen Thätigkeit, wo man die vom Staat gegebenen Organe gegen ihn selber benützt, oder den der Revolution. Der letzte scheint der zweckwidrige zu sein, denn jede Revolution verstärkt die Energie des politischen Bewußtseins und die Herrschsucht der Sieger, und die letztern — welcher Partei sie auch angehören mögen — werden schwerlich geneigt sein, den Interessen jene vollständige Autonomie zu lassen, welche die Freihändler fordern. — Der constitutionelle Weg bliebe also auch für die Abendpost der rathsamste, gleichviel, ob sie mit dem Princip des constitutionellen Staats übereinstimmt oder nicht. — Den Staat zu ignoriren, wäre der Weg des Straußes, welcher der Kugel des Jägers zu entgehen glaubt, wenn er den Kopf versteckt.

Aber die Freihändler werden auch nach ihrem Sieg über den Staat daran denken müssen, die alte Ordnung der Dinge durch eine neue zu ersetzen, denn die Ueberzeugung, daß der Grundsatz, auf den sie ihr System bauen: die Interessen, richtig verstanden, widersprechen sich nie, an zwei Grundfehlern leidet, wird sich ihnen bald handgreiflich aufdrängen. Der erste Grundfehler ist, daß er nicht wahr ist: denn wenn zwei Schiffbrüchige auf einem Balken sitzen, der nur einen von ihnen tragen kann, so widersprechen sich ihre Interessen allerdings; der zweite, daß er nicht ausreichte, auch wenn er wahr wäre: denn die Menschen werden nicht bloß durch die Interessen bestimmt, sondern ebenso durch Leidenschaften und durch Ideen; ohne diese abzuschaffen, wird man den ewigen Frieden unter den Menschen nicht herstellen, wird man also eine staatliche Ordnung zur Ausgleichung dieser Differenzen nicht entbehren können.

Wenn aber der Grundsatz für die Praxis nicht geeignet ist, so giebt er dafür dem Kritiker jene Vogelperspective, das Gewühl der thätigen Menschen in seiner Nullität zu betrachten — freilich auch in unrichtigen Verhältnissen. Denn in Verhältniß zu diesem unnahbaren Princip gestellt, wird jede politische Thätig-

feit, die nothwendig einen Gedanken der Vermittelung in sich schließt, als eitel erscheinen.

So ist es auch Herrn Walter gegangen. Aber davon abgesehen, ist in den neuen Portraits ein großer Fortschritt. Sein Styl ist besser geworden, und der Umfang seiner Beobachtungen reicher. Zwar ist noch Manier darin, z. B. die schlechte Art, am Schluß die Geschilderten zu apostrophiren. „Nein, Herr Hansemann, mit Ihrem Grundsatz ist es nichts, gehen Sie weg“ u. s. w., „nein, Herr Camphausen“ u. s. w.; zwar führt ihn das Princip zuweilen auf eine solche Höhe, daß ihm der Verstand ausgeht, wie den Lustschiffern der Athem, wenn er z. B. mitleidig über die Verblendung der Constitutionellen lächelt, die noch an die Existenz der englischen Verfassung glauben. Aber im Allgemeinen sind die Portraits nicht nur brillant ausgeführt, sondern auch zum Theil sehr gut getroffen — freilich getroffen, wie die Bilder des Punch, des Kladderadatsch, des Charivari — man erkennt sie sogleich, aber es sind Caricaturen.

Oder wenn dieser Vergleich zu wenig schmeichelhaft sein sollte, so will ich mich dazu verstehen, sie den Schilderungen des Herrn von Cormenin an die Seite zu stellen. Wer die portraitierten Personen kennt, wird durch einzelne frappant getroffene Züge an sie erinnert werden; wer sie aber erst aus den Portraits kennen lernen will, wird ein falsches Bild von ihnen bekommen. Denn gerade wie im Punch sind einzelne, besonders hervorspringende Züge wiedergegeben, aber die Verhältnisse verändert und die verbindenden Glieder ausgelassen. Wellington's große Nase und Kinn, sein Feldherrnhütchen darauf und ein Paar kleine Beinchen daran, wird wohl an Wellington erinnern, aber es ist kein Abbild.

Am besten werden daher solche Portraits gelingen, deren Originale schon an sich Caricaturen sind. Bei Herrn v. Gerlach z. B. ist es einerlei, ob man ihn auf den Kopf oder auf die Beine stellt, es bleibt immer der nämliche Hanswurst. Am schlechtesten kräftige, naturwüchsige Figuren, wie Vincke, den der Verfasser dadurch lächerlich zu machen sucht, daß er nachweist, er sei kein Philosoph; wofür den edlen Freiherrn noch Niemand gehalten hat. Denn daß nur durch kräftige, eigensinnige, einseitige Charaktere, wie Vincke, die Größe Englands, Amerika's, aller freien Staaten möglich geworden ist, dieser Gesichtspunkt ist dem nihilistischen Dogmatiker zu gemein. Auf eine ähnliche Weise wird auch sonst die Lage der Dinge verdreht, z. B. Camphausen wird vorzüglich deshalb angegriffen, weil er immer der Ausdruck des Massenbewußtseins gewesen sei — was nicht einmal wahr ist. Ein solcher Vorwurf ist das höchste Lob für den Staatsmann; nur dadurch ist Robert Peel groß geworden, denn die Masse ist nicht im Handeln respectabel, wie der Verfasser mit einem falschen Citat Goethe sagen läßt (Goethe spricht vom Zuschlagen), sie hat zum Handeln kein Organ, sie ist eben das Bleigewicht, dessen Beistimmung den Thaten der Staatsmänner Dauer giebt. Die großen Individuen haben klar zu erkennen und mit Plan

und Entschiedenheit auszuführen, was die Masse in dunkeln Instinct begehrt. — Am häßlichsten macht sich die sophistische Bildung in der Unsicherheit des sittlichen Gefühls geltend. Wenn z. B. Dahlmann, als seine persönliche Existenz durch seinen Protest in der hannöverschen Sache im höchsten Grade gefährdet ist, an die Königsberger schreibt: „Das ist ein beklagenswerthes Ereigniß, welches die Geschichte unnützer Weise verlängert und von ihrem wahren Ziel ablenkt!“, und Herr Walter bemerkt: „Es liegt so viel Uninteressirtheit in diesem Sag, daß man dem Schreiber nicht böse werden kann! Ein Professor der Geschichte, der doch bei jeder Verlängerung derselben nur gewinnen kann, betrauert sie aus reinem Gefühl für das Wohl seiner Mitmenschen!“ — so liegt in diesem Wiß bei einer solchen Gelegenheit so viel Jüdisches, trotz der christlich-germanischen Abkunft des Herrn Walter, daß er kaum in den Kladderadatsch gehört.

Der Nihilismus des Verfassers wird offenbar, wenn man das Büchlein in seiner Totalität überseht. Sämmtliche dargestellte Personen: Gerlach, Stahl, Walter, Radowig, Dahlmann, Camphausen, Simson, Hansemann, Vincke, erscheinen als vollkommene Schwachköpfe; die Männer der Linken, die „Staats-Demokraten“, werden, wenn sich der Verfasser irgend consequent bleibt, nicht besser wegkommen. Bloss dem Bauwau „Volk“, d. h. den Choristen ohne Namen, ohne gesellschaftliche Stellung, ohne eignen Willen und ohne Bildung wird beiläufig gehuldigt, was nichts weiter sagen will, als eine *captatio benevolentiae* an das Publicum. Wenn man nun fragt, was denn noch eigentlich für Menschen übrig bleiben, auf welche Deutschland die Hoffnung seiner Erlösung setzen kann, abgesehen von den Herren Prince Smith, Faucher und R. Walter, deren Abendpost leider nicht so viel Abonnenten finden konnte, um die Caution zu decken, so kann man in der That nur finden — die Gelehrten des Kladderadatsch! So lange dieses Blatt noch nicht verboten ist, darf das Vaterland nicht verzweifeln.

Wir knüpfen die ernsthafte Betrachtung, zu welcher uns die gegenwärtige Situation Preußens und Deutschlands treibt, gleichfalls an das besprochene Büchlein an. Unter den Helden desselben figurirt einer, dessen Einfluß auf diese Situation im Augenblick von unermesslicher Bedeutung ist: Joseph von Radowig. Der Verfasser stellt ihn als völligen, noch dazu geistig sehr unbedeutenden Charlatan dar, der den einzigen Zweck habe, Fortune zu machen. Wenn wir unsererseits auch ein gutes Theil kalte Schwärmerei und skeptischen Dogmatismus — diese Widersprüche muß man bei Radowig hinnehmen — in ihm finden, so wird doch im Wesentlichen unsere Ansicht auf dasselbe herauskommen; und es sind nicht allein die Blätter unserer Partei, die so urtheilen, sondern auch die demokratischen und die reactionären. Die Kreuzzeitung z. B. brachte bei Gelegenheit der Grenzboten. IV. 1850.

nennung des Generallieutenant zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten einen Artikel, den wir vollständig unterschreiben könnten. — Und dieser Mann, der seit langer Zeit in sicherer Verborgenheit die grande politique Preußens geleitet hat, zum Spott ziemlich aller Parteien, tritt nun officiell an die Spitze der Geschäfte, in dem Augenblick, wo es sich um eine Frage handelt, die man nicht, wie die principielle der Union und des Bundestages, auf eine unbestimmte Zukunft hinauschieben kann, sondern die unmittelbar zur Entscheidung drängt.

Seine erste Thätigkeit macht nicht einen sehr erhebenden Eindruck. Es sind dem Fürstencollegium drei preußische Noten in der kurhessischen Frage vorgelegt; die beiden ersten (vom 12. und 21. September) noch vom Grafen Brandenburg, die 3. (vom 26. September), die gegen alle diplomatische Convenienz direct an die kurfürstliche Regierung gerichtet ist, von Radowiz unterzeichnet. Alle drei haben augenscheinlich denselben Verfasser, und es kann nicht zweifelhaft sein, wo dieser zu suchen ist. Aber während Radowiz als Privatmann die Regierung eine sehr ernste und energische Sprache führen läßt, tritt er als Minister schon entschuldigend auf, vergißt bei seinem Protest, der in den beiden vorigen Noten noch eventuell gehalten sein konnte, jetzt, wo der Fall eingetreten ist, die Hauptsache, nämlich die Andeutung, auf welche Weise Preußen das Einschreiten des Bundestags zu verhindern gedenke, und scheint mit großer Ostentation das Hauptgewicht seiner Erklärung auf den Umstand zu legen, daß es seiner Regierung lediglich darauf ankomme, die fürstliche Autorität in Kassel wiederherzustellen. — Das können freilich bloße Formeln sein, aber sie sind nicht geeignet, bedeutende Hoffnungen zu erregen.

Die Sachlage ist in den beiden ersten Noten sehr richtig formulirt. Preußen hat nicht bloß im Namen der Union, deren Rechtstitel durch die Unschlüssigkeit der Regierung sehr zweifelhaft geworden sind, sondern durch seine geographische Lage das Recht und die Verpflichtung, eine Unterwerfung Kassels unter das Spielwerk Oestreichs zu verhindern. Denn so steht die Sache. Mit den einfältigen Sophismen, durch die man sie in das weite Capitel der Rechtsverdrehungen zu bringen sucht, ist nichts gethan; der Vergleich mit der Lage Preußens im November 1848 ist lächerlich. In Preußen war durch einen Handstreich eine Partei an's Ruder gekommen, gegen welche die Majorität — ich will nicht gerade sagen, des Volks, aber jedenfalls derjenigen, die einen unmittelbaren Antheil am Staatsleben hatten — empört war; im Namen und mit der Unterstützung dieser Majorität hat das Novemberministerium den Staat regiert. In Kassel ist aber das gesammte Volk, die Behörden und die Aristokratie mit einbegriffen, gegen die Clique, welche sich zum Hohn alles Staatsrechts Regierung nennt. Um eine solche Stellung anzufechten, bedarf man keiner constitutionellen Theorie; es ist auch im absoluten Staat unmöglich. Es ist nur möglich in einer eroberten Provinz. Dazu soll Kassel gemacht werden, und nicht bloß Kassel allein,

sondern vorausichtlich im nächsten Augenblick auch Darmstadt und Württemberg. Duldet Preußen eine Occupation dieser Länder, die in seinen natürlichen Rayon gehören, durch die Armee eines Staats, der seinen politischen Zwecken entschieden feindlich ist, so spricht es sich damit selbst das Todesurtheil.

Es wäre dies der Augenblick, wo alle Parteien, bei denen der preußische Patriotismus die Leidenschaft und das Interesse der einseitigen politischen Richtung überwiegt, sich die Hand reichen müßten, die Regierung zu stützen und zu treiben. Unsere Partei wird sich dieser Verpflichtung nicht entziehen, und was auch die politische Vergangenheit des Herrn von Radowiz sein möge, wie gerecht die Vorwürfe, die wir ihm zu machen haben, wir werden, wenn er es einmal in seinem Leben lernt, ein Mann zu sein, uns nicht einfallen lassen, die Schwierigkeiten seiner Lage, die wir nicht verkennen, zu vergrößern, wenn sie auch aus seiner Schuld hervorgegangen sind, denn es handelt sich nicht um diese oder jene Regierung Preußens, sondern um Preußen selbst, und uns geht das Vaterland über die Partei.

Kassel und Berlin.

Der Beschluß, den die sogenannte Bundesversammlung in Frankfurt in der kurhessischen Frage gefaßt hat, erinnert unwillkürlich an einen vor nunmehr fast zwei Jahren ebendort, nur ein paar hundert Schritte vom Bundespalais entfernt, in der Paulskirche gefaßten Beschluß, der auch gegen die Volksvertretung eines Einzelstaats gerichtet war, auch ein Verdammungsurtheil gegen eine Steuerverweigerung enthielt, also äußerlich diesem jezigen gleich und doch innerlich von ihm verschieden erscheint.

Die Parallele ist interessant und lehrreich genug, um sie in einigen Zügen zur Anschauung zu bringen.

Am 20. November 1848 erklärte die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung „den auf Suspension der Steuererhebung gerichteten, offenbar rechtswidrigen, die Staatsgesellschaft gefährdenden Beschluß der in Berlin zurückgebliebenen Versammlung für null und nichtig.“

Am 24. September 1850 erklärt ein Congreß von Bevollmächtigten mehrerer deutschen Regierungen, der sich „Bundestag“ nennt, „die kurhessische Steuerverweigerung für bundeswidrig und fordert die Regierung zu Herstellung des gesetzlichen Zustandes durch geeignete Mittel auf, behält sich auch die geeigneten Maßregeln vor.“

Der Act der preußischen Volksvertretung, gegen welchen die deutsche Nationalversammlung einzuschreiten für nothwendig befand, war nicht eine Steuerverweigerung im staatsrechtlichen Sinne, d. h. eine Nichtbewilligung von Steuern, die